

Die Frage zum schwarzen Abstimmungssonntag vom 18. Mai

Sind Schweizer Idioten? Sieben Mal Nein – darunter Atommoratorium, Krankenkasseninitiative, Mieterschutz. Warum stimmen die Schweizer gegen ihren Vorteil?

Constantin Seibt

Experte für die Gegenthese ist ein Praktiker: der Zürcher AL-Gemeinderat Niklaus Scherr. Als Geschäftsleiter des Zürcher Mieterverbandes und einer der wenigen Politiker links der SP ist Scherr Gewinner und Verlierer zahlreicher Abstimmungskämpfe.

WoZ: Niklaus Scherr, gegen Ferien, gegen Arbeitszeitverkürzung, gegen billigere Krankenkassen: Warum stimmen die Schweizer so oft gegen ihre Interessen?

Scherr: Ich finde diesen Diskurs gefährlich. Wer hat eigentlich die intellektuelle Definitionsmacht, wer welche Interessen hat – und wer nicht? Sind das die linken Intellektuellen? Man kann den Menschen nicht auf das rein Ökonomische festlegen, er hat faktisch eine Milieuidentität, er unterliegt der sozialen Kontrolle. Ein Búezer in einem Kleinbetrieb kann durchaus denken: Fünf Wochen Ferien machen den Patron kaputt. Oder ein Fabrikarbeiter sich ausrechnen, dass wenn er für fünfundreissig Stunden stimmt, er die gleiche Arbeit dann einfach in fünf Stunden weniger erledigen muss.

Nur als Beispiel: 70 Prozent sind Mieter – und 68 Prozent stimmen gegen Mieterinitiative.

70 Prozent – ich kann die Zahl nicht mehr hören. Man muss das genauer ansehen: ein Teil der Mieter besitzen ein Ferienhaus oder vermieten etwa das Haus der Eltern. Und dann gibt es noch eine wachsende Zahl von baldigen Erben, die virtuell Eigentümer sind. Sie verteidigen also künftige Interessen. Dann sind ein Drittel aller Mieter nicht stimmberechtigte Ausländer. Weiterhin sind es siebzig Prozent Haushalte, nicht Personen. In Eigenheimen wohnen mehr Leute als in Mietwohnungen. Sie stimmen auch öfter. Schon allein deshalb, weil Eigenheimbesitzer direkt von möglichen staatlichen Eingriffen bedroht sind. Der Hauseigentümerverband hat wegen des Abwehrreflexes gegen den Staat einen extrem hohen Organisationsgrad, 50 Prozent, die Mieter, die sich glücklich schätzen können, wenn der Staat sie vor dem Vermieter schützt, haben 10 Prozent. Für die Hausbesitzer geht es direkt um die Wurst, für Mieter indirekt um die Butter.

Das heisst: Mieteranliegen haben keine Chance.

Falsch. Es gibt nur klassische Spielregeln. Wir hatten vom Mieterverband im Kanton Zürich vier Abstimmungen. Die Erste bestand darin, dass man 30 Prozent Miete von der Steuer abziehen konnte – also rechtliche Gleichheit mit den Hausbesitzern. Wir verloren knapp mit 49,7 Prozent. Die zweite Abstimmung mit dem Thema, dass der Vermieter dem neuen Mieter die Miete des Vorgängers bekannt geben muss, gewannen wir mit 53 Prozent. Dann folgten die zwei Katastrophenabstimmungen. Sowohl bei der Wohnungsschutzinitiative sowie bei „Ja zu fairen Mieten“ bekamen wir mit 33 Prozent Ja auf die Schnorre. Beides waren komplexe Gemischtwarenladeninitiativen.

Dafür gewannen wir mit dem klaren Absender AL die Pämienverbilligungsinitiative für Krankenkassen – dies in einem stockbürgerlichen Kanton. Initiativen müssen 1 zu 1 umsetzbar sein. Sobald die Leute überlegen müssen, über was sie genau abstimmen, kommt ein geballtes Nein aus vielen Fragezeichen zurück. Die Frage ist in diesem Fall einfach: Wem vertraust du? Dem Bundesrat? Blocher? Dem Mieterverband?

Die Neins vom 18. Mai...

... sind uns selber zuzuschreiben. Du brauchst klare Ziele. Nicht so wie bei der SP-Gesundheitsinitiative, bei der ein guter Punkt drin war, die Abschaffung der Kopfprämie – und dann noch alles mögliche andere. Viele Hunde sind des Hasen Tod. Zuerst kam die Initiative ja grossartig an, aber dann wurde von den Gegnern das Paket aufgeschnürt und die einen sagten, bäh, Mehrwertsteuer, die anderen, wäck, Vermögenssteuer – da war die Initiative tot.

Oder leider auch die Mieterinitiative: Sie wurde von 16 Juristen zusammengebastelt. Wir schafften es nicht einmal, sie in die Diskussion zu bringen. Unsere Gegner mussten nur sagen, Hypozins wird abgeschafft, Querulanten können nicht mehr gekündigt werden, blabla ... Das Resultat war eine klares Nein. Und zwar nicht, weil die Leute sagen, der Hauseigentümerverband ist toll und der Mieterverband etwas für linke Schafseckel. Sondern weil sie das jetzige System zwar blöd finden, aber nicht so schlecht, dass sie irgendetwas Unklares wollen. Die Leute sind vorsichtig – zum Glück.

Theoretisch könnte man auch vier Monate Ferien oder einen Raubzug auf die Superreichen durchsetzen.

Du kannst nicht erwarten, dass der kleine Mann, die kleine Frau sich an der Urne revanchieren. Das ist Romantik. Warum soll, wer im Leben keine Zivilcourage hat, sie plötzlich im stillen Kämmerlein haben?

Wieviel bedeuten die 20 Millionen von Economiesuisse?

Das ist die übliche Konstellation. Eine Abstimmung links gegen rechts – das hat immer das Geldverhältnis 1 zu 10. David gegen Goliath. Wichtig für die Linke ist, dass im Zentrum eine Gruppe von Überzeugungstätern arbeitet. Diese kann die Geldwalze kontern. Man muss zu den Leuten, in die Vereine gehen: So haben wir auch die EMG-Abstimmung gewonnen. Verkauft man eine Initiative nur auf Plakaten wie Fast Food, dann gewinnt, wer mehr Geld hat. Wenn nicht geredet wird, gewinnen die Plakate.

Trotzdem bleibt: die Leute stimmen zu zwei Dritteln bürgerlich.

Du sollst dir keine Illusionen machen. Mein Erweckungserlebnis war hier die Ablehnung der U-Bahn in Zürich. Mit 70 Prozent. Damals ein enormer Sieg der Linken über das Kapital! Ich stand damals auf der Strasse und hörte, warum die Leute Nein stimmten: Weil sie nicht noch mehr Tschinggen und Bauarbeiter in der Stadt wollten. Du brauchst Koalitionen: bei der Rothenturm-Waffenplatzinitiative, bei der GSOA, etc. waren mit Sicherheit mehrere Prozent Bodensatz an ewigen Nein-Sagern dabei. Nach denen fragt später keiner.

Aber die Leute unterscheiden. In Schwamendingen, als die Mutterschaftsinitiative haushoch abgelehnt wurde, wurde die Prämienverbilligung von den gleichen Leuten zu 70 Prozent angenommen. Obwohl für uns Linke beides dasselbe war – Sozialausbau – haben die alten Buezer dort es wesentlich anders gesehen.

Was lässt sich daraus schliessen?

Es gibt keine definierten Mehr- und Minderheitspositionen. Salopp gesagt sollten wir Linken die Niederlagen vom letzten Sonntag wie eine Fussballmannschaft nehmen: In der zweiten Halbzeit sind wir einfach nicht gut gewesen.